

Antrag

des Abg. Jochen Haußmann u. a. FDP/DVP

Bürokratieabbau im Bereich der Zahnmedizin

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie sich der Umsetzungsstand der von der Entlastungsallianz in ihrem Themencluster 7 Gesundheit und Soziales identifizierten Handlungsfeldern mit Bezug zur Zahnmedizin darstellt;
2. von welcher Größenordnung der stundenweisen wöchentlichen Befassung mit Bürokratie und Verwaltungsaufgaben in Zahnarztpraxen sie durchschnittlich ausgeht;
3. in welchem Umfang anlasslose Begehungen in Zahnarztpraxen sowohl seitens der Regierungspräsidien als auch der Gesundheitsämter in den letzten drei Jahren jeweils durchgeführt wurden;
4. von welchem Ausfall von Behandlungen an einem solchen Begehungstag sie ausgeht;
5. ob es aus ihrer Sicht gravierende Ergebnisse der Begehungen gegeben hat;
6. wie sie die Forderung nach einem Entfall der anlasslosen Begehungen bewertet;
7. wie sie die Abschaffung der Positivdokumentationen hin zu einer Negativdokumentation (nur Fehler aufzeichnen) bewertet;
8. ob sie die Abschaffung des Fertigungsnachweises unterstützen würde;
9. in welcher Weise sie Vereinfachungen bei der Administration des Strahlenschutzes wie beispielsweise Fortbildung alle zehn Jahre statt alle fünf, Verkürzung der Fortbildungsdauer, Erleichterung des Umzugs von Röntgeneinrichtungen sowie Entfall der Überprüfung durch die zahnärztliche Röntgenstelle, da ohnehin alle fünf Jahre eine Prüfung durch Sachverständige erfolgt;
10. welche Möglichkeiten der Effizienzsteigerung sie im Bereich der Zulassung von Zahnärztinnen und Zahnärzten – auch vor dem Hintergrund der Möglichkeiten der Digitalisierung – sieht;
11. welche weiteren Möglichkeiten des Bürokratieabbaus sie in Kooperation mit der Selbstverwaltung und Berufsverbänden prüfen und umsetzen wird.

7.8.2025

Haußmann, Reith, Fischer, Dr. Rülke, Weinmann, Dr. Schweickert, Bonath, Dr. Jung, Heitlinger, Haag, Brauer, Hoher, Fink-Trauschel FDP/DVP

Begründung

Bürokratieabbau wird auf abstrakter Ebene stets gefordert und begrüßt. Bei konkreten Vorschlägen begegnet man hingegen oftmals Beharrungskräften. Selbstverwaltungsorgane sowie Berufsverbände unterbreiten seit Jahren konstruktive Vorschläge. Auch wenn diese oftmals Bundesrecht tangieren, gibt es auch Handlungsmöglichkeiten des Landes.